

ANTON RAUSCHER

## Demokratischer Sozialismus und christliche Wertpositionen

Nach der Verabschiedung des Godesberger Programms der SPD im Jahre 1959 wuchs die Zahl der Katholiken, die die traditionelle Kluft zwischen der katholischen Kirche und dem Sozialismus für überwindbar oder gar bereits für überwunden glaubten. Diejenigen, die an den neuen Demokratischen Sozialismus die kritische Frage nach dem liberalen Erbe stellten, nahmen in den sechziger Jahren ab, schon auch deshalb, weil sie im damaligen öffentlichen Meinungsklima wenig Resonanz mehr fanden und als Ewiggestrige hingestellt wurden. Auch die Bischöfe, die selbst von der Aufbruchsstimmung des Konzils bewegt waren, hielten sich zunehmend mit Erklärungen zurück, was von den interessierten Kreisen sofort als Unbedenklichkeitsbescheinigung für den Demokratischen Sozialismus ausgegeben wurde.

Aber schon nach kurzer Zeit änderte sich das Klima erneut. Die Reformpolitik der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler *Willy Brandt* entpuppte sich sehr rasch als eine Politik, die in wichtigen Zielen mit den christlichen Wertpositionen in Konflikt geriet. Zuerst noch verhalten, dann immer massiver meldeten die Bischöfe und die Laien ihren Protest an. Die SPD, die bei der Brandt-Wahl 1972 in katholischen Gegenden noch hohe Stimmengewinne erzielt hatte, geriet ins Zwielficht. Daran änderte sich auch wenig, als *Helmut Schmidt* die Regierung übernahm. Er kümmerte sich nämlich kaum um diejenigen Bereiche der Rechtspolitik, die in besonderem Maße »sensitiv« waren.

Wie war dieser Umschwung möglich? Hatte der Demokratische Sozialismus doch nicht das gehalten, was er im Godesberger Programm versprochen hatte? Oder lag es daran, daß die SPD, an die Macht gelangt, einen Kurs verfolgte, der vom Godesberger Programm wieder wegführte? Oder war das Godesberger Programm in wichtigen Punkten doch weniger abgesichert, als es schien, und für Interpretationen »offen«, die man ein für allemal als erledigt angenommen hatte? Die Frage nach der Vereinbarkeit des Demokratischen Sozialismus mit den christlichen Wertpositionen, wie sie in der Sozialverkündigung der Kirche ausgewiesen sind, wird erneut aktuell.

Bei dem Begriff »Demokratischer Sozialismus« handelt es sich um eine Sprachschöpfung verhältnismäßig jungen Datums. Zwar hat die SPD die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch *Ferdinand Lassalle* im Jahre 1863 zu ihrer Geburtsstunde erklärt und damit einen Trennungsstrich zum Kommunistischen Manifest und zur marxistischen Bewegung gezogen; aber trotz der Wirksamkeit der demokratischen Ideen *Lassalles* darf nicht übersehen werden, daß die Geschichte dieser Partei keineswegs so geradlinig verlief, wie man dies aus heutiger Perspektive manchmal wahrhaben möchte. Ansonsten wäre nämlich der langwierige und die Partei erschütternde Revisionismusstreit überflüssig gewesen, den *Eduard Bernstein* mit seiner Kritik am dialektischen Materialismus auslöste, der auch nach der Abspaltung der kommunistischen Richtung im Jahre 1917 noch fortwirkte, solange man an der marxistischen Klassenkampflehre festhielt, obwohl man andererseits politische Verantwortung in der Weimarer Demokratie übernahm. Erst mit dem Godesberger Programm (1959) ist der »Demokratische Sozialismus« zum Durchbruch gekommen.

In diesem Programm, in dem die Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität – und zwar in dieser Reihenfolge – das Fundament bilden, heißt es: »Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.« Dies war eine klare Absage an alle Heilslehren, die für sich in Anspruch nehmen, letzte Wahrheiten zu besitzen. Im besonderen mußte der Trennungsstrich zur marxistischen Heilslehre gezogen werden. Ausdrücklich wird erklärt: »Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft; denn diese mißachten die Würde des Menschen, vernichten seine Freiheit und zerstören das Recht . . . Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. Die Sozialisten wollen Freiheit und Gerechtigkeit verwirklichen, während die Kommunisten die Zerrissenheit der Gesellschaft ausnutzen, um die Diktatur ihrer Partei zu errichten.« Und am Ende des Programms wird dieser Gedanke nochmals aufgenommen: »Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal. Sie vergewaltigen die

Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit und der Völker.«<sup>1</sup>

Die Loslösung vom marxistischen Erbe, die zugleich eine neue Selbstbeinnehmung beinhaltete, hätte nicht deutlicher ausfallen können. An die Stelle eines materialistischen Determinismus und der darauf beruhenden Klassenideologie traten die sittlichen Grundwerte, deren Verwirklichung als ständige Aufgabe erkannt wurde. Das Beiwort »demokratisch« in der Bezeichnung »Demokratischer Sozialismus« sollte mithin nicht nur zum Ausdruck bringen, daß man für sich eine andere politische Methode in Anspruch nahm als jener Sozialismus, der auf den Klassenkampf, den Klassenhaß und letzten Endes auf die revolutionäre Umwälzung setzt, daß man also auf demokratischem Wege durch Überzeugung einer Mehrheit von Aktivwählern an die Macht gelangen wollte; mit dem Beiwort »demokratisch« war mehr gemeint, nämlich eine neue inhaltliche Bestimmung von »Sozialismus«, der nicht mehr mit jenem Sozialismus verwechselt werden sollte, wie er in den kommunistischen Ländern besteht, der sich auch nicht mehr mit jenem Sozialismus deckte, wie ihn die SPD vor Godesberg vertreten hatte. *Bernstein* hatte gesiegt, der die Sozialdemokratie nicht als proletarische, sondern als bürgerliche Kraft gesehen und ihr die Aufgabe gestellt hatte, das Erbe des Liberalismus zu übernehmen und es für alle Bürger, auch für die Arbeiter, zur Geltung zu bringen. Deshalb hatte er der Partei ins Stammbuch geschrieben: »Die Sicherung der staatsbürgerlichen Freiheit hat ihr stets höher gestanden als die Erfüllung irgendeines wirtschaftlichen Postulats.«<sup>2</sup>

Natürlich hatte die Wende von Godesberg, die sicherlich nicht nur der besseren Einsicht, sondern auch der von den christlichen Unionsparteien vertretenen erfolgreichen Politik und sozialen Aufbauleistung im Nachkriegsdeutschland zu verdanken war – sie hatten bei der Bundestagswahl 1957 die absolute Mehrheit errungen –, manche Haken. Das beginnt bereits mit dem Begriff »Sozialismus«. Das, was das Wort »Sozialismus« nunmehr beinhaltet und worin es sich von anderen Sozialismen unterscheidet, darüber wurde direkt nichts gesagt. Genügte aber die Feststellung, daß er auf den Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität basiere, daß die Kommunisten sich zu Unrecht auf sozialistische Traditionen beriefen und das sozialistische Gedankengut verfälscht hätten? Schon die Tatsache, daß die SPD selbst jahrzehntelang sozialistischen Zielen verpflichtet war, die jetzt zurückgewiesen wurden, machte

<sup>1</sup> Die Zitate sind dem 1959 verabschiedeten Godesberger Programm entnommen.

<sup>2</sup> *Eduard Bernstein*, Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Reinbek 1969, 159.

diese Klärung nicht leicht. Und konnte man den Sozialismus durch die Hinzufügung der Vokabel »demokratisch« so taufen, daß die eigenen Mitglieder wie auch die Außenstehenden ihn eindeutig unterscheiden würden nicht nur von jenem Sozialismus in den kommunistischen Ländern, sondern auch von jenen Sozialismen in den freiheitlichen Demokratien, die noch keine Godesberger Wende durchgemacht hatten? Bedeutete es nicht eine Belastung, daß die SPD sowohl nach außen als auch nach innen diesen Unterschied ständig herausarbeiten, verteidigen und Versuchen widerstehen mußte, daß ihr Sozialismus doch wieder in die Nähe eines so ganz anderen Sozialismus gerückt würde?

Und wie steht es um die »Grundwerte des Sozialismus«, auf die sich die Partei beruft? Sind sie Eigentum des Sozialismus oder nicht vielmehr Gesamtgut aller demokratischen Parteien? Es gibt heute keine demokratische Partei, weder die Christlichen Unionsparteien noch die Liberaldemokratische Partei, die auf die Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität verzichten wollte und auch nur könnte. Sogar kommunistische Parteien in den freiheitlichen Demokratien Westeuropas reklamieren diese Worte für sich, offenbar deshalb, weil die damit bezeichneten Werte dem heutigen Menschen so ungeheuer wichtig sind. Die Vereinnahmung dieser Grundwerte für den Sozialismus muß den Eindruck erwecken, als ob der Demokratische Sozialismus ein Monopol in Sachen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität beansprucht, demgegenüber die anderen Parteien diese Ziele sozusagen nur in abgeleiteter Form anstreben würden. Sicherlich hat das Godesberger Programm es vermieden, einen elitären Sonderanspruch zu begründen. In dem Abschnitt über die staatliche Ordnung heißt es: »Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Demokratie, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht und die Regierung jederzeit dem Parlament verantwortlich und sich bewußt ist, daß sie ständig seines Vertrauens bedarf. In der Demokratie müssen die Rechte der Minderheit neben den Rechten der Mehrheit gewahrt werden. Regierung und Opposition haben verschiedene Aufgaben von gleichem Rang; beide tragen Verantwortung für den Staat.« Wenn im Anschluß an diese denkwürdigen Aussagen davon die Rede ist, die SPD wolle Staat und Gesellschaft nach den »Grundforderungen« des Demokratischen Sozialismus formen, so kann man darunter die praktisch-politischen Zielsetzungen erkennen, die diese Partei vertritt und die sie von anderen unterscheidet. Aber deshalb sind die Grundwerte nicht Sondergut des Sozialismus.

Freilich, auch in die Grundforderungen, die sich u. a. auf die öffentliche Kontrolle jeder Macht, auf die Beseitigung von Bildungsprivilegien und

auf die Mitverantwortung jedes einzelnen erstrecken und die die freie Persönlichkeit sichern wollen, haben sich Formulierungen eingeschlichen, die gerade im Hinblick auf die Demokratie, für die man streitet, nachdenklich stimmen. Insbesondere der Satz »Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt« muß Zweifel wecken. Diese Formulierung, die bereits in der Erklärung der Sozialistischen Internationale aus dem Jahre 1951 enthalten ist<sup>3</sup>, erhebt den Anspruch der Identität zwischen Sozialismus und Demokratie, so daß andere politische Kräfte notwendig auch demokratisch defizitär sein müssen. Vielleicht war dieser Satz ein Zugeständnis an jene Kräfte, die im Demokratischen Sozialismus eben doch nicht nur eine auf vorletzten Werten begründete politische Kraft erblickten, sondern einen Heilsträger, der zwar anderen politischen Formierungen und auch Minderheiten formal die gleichen Rechte zugesteht, der aber doch von sich überzeugt ist, allein die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Solidarität, kurzum die menschenwürdige Gesellschaft verwirklichen zu können. Diese Spannung ist nicht ausgeglichen, auch wenn das Godesberger Programm – und dies ist wieder gegenläufig – nicht mehr das Ziel einer »sozialistischen Gesellschaftsordnung« verkündet.

#### ZURÜCK ZUR »SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE«?

Noch eine Bemerkung zum Beiwort »demokratisch«: In der Literatur, die um das Godesberger Programm herum entstanden ist, und auch in den Schriften seiner geistigen Väter ist eigentlich recht wenig die Rede vom »demokratischen Sozialismus«, sondern viel mehr vom »freiheitlichen Sozialismus«<sup>4</sup>. In der Tat durchzieht die Idee der Freiheit dieses Programm. Vergleicht man die bereits erwähnte Erklärung der Sozialistischen Internationale mit dem Godesberger Programm, so ist der Unterschied mit Händen zu greifen. Dort sind die vier Abschnitte überschrieben: »Soziale Demokratie und kultureller Fortschritt«, »Wirtschaftliche Demokratie«, »Politische Demokratie« und »Internationale Demokratie«. Im Godesberger Programm dagegen lauten sie: »Die staatliche Ordnung«, »Wirtschafts- und Sozialordnung«, »Das kulturelle Leben« und »Internationale Demokratie«.

<sup>3</sup> Ziele und Aufgaben des Demokratischen Sozialismus. Erklärung der Sozialistischen Internationale, beschlossen in Frankfurt am Main am 3. Juli 1951, abgedruckt in: *Susanne Miller*, Die SPD vor und nach Godesberg, Bonn-Bad Godesberg 1975, 88 ff., direkt 92.

<sup>4</sup> Vgl. den klassischen Artikel »Freiheitlicher Sozialismus« von *Gerhard Weisser*, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, IX, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1956, 509 ff.

tionale Gemeinschaft«. Dort erscheint die »Demokratie« – was immer darunter gemeint sein mag – als der allumfassende Wert, hier sind es die Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität, wobei der Freiheit ohne Zweifel die erste Stelle eingeräumt ist.

Eine Verschiebung vom freiheitlichen zum »demokratischen« Sozialismus ist eigentlich erst mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch Bundeskanzler *Willy Brandt* eingetreten, der die »Demokratisierung unserer Gesellschaft« proklamierte. Damals wurde kaum registriert, daß mit *Brandt* ein Mann an die Spitze gelangt war, der im Prinzip den Vorstellungen der Sozialistischen Internationale verpflichtet war, der nicht zu den Vätern des Godesberger Programms gehörte und der wohl eher aus taktischen Motiven denn aus Überzeugung Godesberg als nützliche Machtbasis ansah. Mit *Brandt* wurde auch wieder die Vokabel »Sozialismus« hoffähig, wohingegen vorher meist nur mehr von der »Sozialdemokratie« gesprochen wurde.

Das Ziel der Demokratisierung der Gesellschaft hat sich später vor allem im »Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 bis 1985« niedergeschlagen<sup>5</sup>. Abgesehen davon, daß dieses Dokument schon in seiner Überschrift wieder dem Ökonomischen den Vorrang gibt und damit an die *Marx*sche Vision erinnert, liegt es weit mehr auf der Linie jener Erklärung der Sozialistischen Internationale als auf derjenigen des Godesberger Programms. So kommt denn auch *Wilhelm Hennis* in seiner viel beachteten Kritik am Orientierungsrahmen zu dem Urteil: Er habe sich in seiner Grundtendenz und in wichtigen Einzelzügen vom Godesberger Programm entfernt. Die Gesellschaft werde nicht mehr primär als pluralistische, sondern wieder als Klassengesellschaft verstanden, dem Staat eine stark interventionistische Rolle zgedacht, der freiheitliche zum organisierten Sozialismus umgeformt, die demokratischen Partner als von Irrtümern befallene Gegner abgetan, die Partei vorrangig als strategische Bewegung zur Bewußtseinsänderung, Aufklärung und Umwandlung der Gesellschaft betrachtet und die Solidarität im Sinne sozialistischer Kampfgenossenschaft rückgebildet<sup>6</sup>.

Wer sich über den realen »Demokratischen Sozialismus« ein Bild machen will, für den genügt es nicht, nur auf das Godesberger Programm zu blicken, auch nicht, die Eigenart sozialdemokratischer Politik in dem Streben nach mehr Gleichheit und nach mehr Gerechtigkeit zu sehen, der muß

---

<sup>5</sup> Dokumente: Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–85, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1975.

<sup>6</sup> *Wilhelm Hennis*, Organisierte Sozialismus. Zum »strategischen« Staats- und Politikverständnis der Sozialdemokratie, Stuttgart 1977, 58 ff.

auch die seit dem Ende der sechziger Jahre virulent gewordene Reideologisierung der Partei berücksichtigen, die in den verschiedenen Strömungen der Jungsozialisten bis hin zur Stamokap-Gruppe sichtbar geworden ist. Diese Entwicklung hat einerseits gestandene Sozialdemokraten, die die Absage an einen Weltanschauungsanspruch als ein befreiendes Ereignis vollzogen hatten, abgeschreckt und zu einer Distanzierung und Abwanderung von der Partei geführt wie etwa in der Hochburg München. Andererseits hat sie bei denen Verwirrung und Kritik ausgelöst, die gerade die Wende von Godesberg angezogen hatte und die als neue Mitglieder und Wähler zur SPD gestoßen waren.

Es sei hier nur auf einige Stimmen hingewiesen. In der Festschrift zum 70. Geburtstag von *Richard Löwenthal* befaßt sich *Thomas Nipperdey* mit dem Verhältnis von Sozialdemokratie und Geschichte. Ausgehend von der Arbeiterbewegung, die das Geschichtsbewußtsein der Sozialdemokratie bis in die Weimarer Zeit prägte, habe sich die Situation und Position der Partei seit 1945 und seit Godesberg grundlegend geändert: »Die diskriminierende und isolierende Grenze zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Sozialdemokratie ist verschwunden und damit die Notwendigkeit und die Realität einer sozialdemokratischen Subkultur. Die Partei, die Arbeiterbewegung, steht nicht mehr in Opposition gegen die übrige Gesellschaft, sie ist – im Unterschied auch zur Weimarer Zeit – selbstverständlicher Teil der Gesellschaft, Teil auch der Kultur.«<sup>7</sup> Demgegenüber habe sich bei einem Teil der Sozialdemokratie in den letzten zehn Jahren ein neues Verhältnis zur Geschichte herausgebildet, das sich vom alt-sozialdemokratischen ebenso wie vom bundesrepublikanischen Modell unterscheide. Es sei gekennzeichnet einerseits »durch Negativität, Geschichtsfremdheit und Geschichtsfeindschaft; andererseits durch die modisch ›kritisch‹ genannte Position, die ›Umfunktionierung‹ der Geschichte und des Verhältnisses von Gegenwart und Geschichte«<sup>8</sup>. »Kritik, totale Kritik – nicht als Prüfung, sondern als Verurteilung – wird zum obersten Prinzip und richtet sich grundsätzlich gegen alles, was schon vorgefunden, schon fertig ist, z. B. gegen alles, was mit Herrschaft zu tun hat, und also gegen alle bisherige Wirklichkeit.«<sup>9</sup> Man hole wieder *Marx* zurück, indem man durch die Anwendung von Begriffen wie »Spätkapita-

---

<sup>7</sup> *Thomas Nipperdey*, Sozialdemokratie und Geschichte, in: Sozialismus in Theorie und Praxis, hrsg. von *Hannelore Horn*, *Alexander Schwan* und *Thomas Weingartner*, Berlin, New York 1978, 500f.

<sup>8</sup> Ebenda, 503.

<sup>9</sup> Ebenda, 505.

lismus« ein feststellbares Entwicklungsgesetz der Geschichte zu kennen vorgibt.

Von einer anderen Perspektive aus warnt *Hans Kremendahl* im gleichen Band vor den Tendenzen, den »Demokratischen Sozialismus« in eine »sozialistische Demokratie« umzufunktionieren<sup>10</sup>. Er erinnert an das Hamburger Strategiepapier der Stamokap-Gruppe aus dem Jahre 1971, in dem es hieß: »Die konstituierenden Merkmale der sozialistischen Demokratie werden das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die Ausübung der Staatsmacht durch die arbeitende Bevölkerung und ihre Organisationen sein, unter denen eine sozialistische SPD eine entscheidende Rolle spielen kann. Hinzu kommen würde die ständige Vervollkommnung der Planung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung auf demokratischer Basis.«<sup>11</sup> Hier ist von der Freiheit der Persönlichkeit im Godesberger Programm nichts mehr zu spüren.

Dankenswerterweise haben *Hans Koschnik*, *Richard Löwenthal* und *Johano Strasser* in einer vom SPD-Vorstand 1977 herausgegebenen Schrift dazu erklärt: »Die in den Stamokap-Dokumenten gegebene Definition der »sozialistischen Demokratie« unterscheidet sich in keinem Punkte von der ursprünglichen kommunistischen Definition der Volksdemokratie. Sie unterscheidet sich radikal von der freiheitlichen Demokratie, zu der sich das Godesberger Programm bekennt.«<sup>12</sup> Es ist interessant zu beobachten, daß bei dem Versuch der Abgrenzung nicht auf den »Demokratischen Sozialismus«, sondern auf die »freiheitliche Demokratie« verwiesen wird. Leider ist diese Klärung durch den Hamburger Bürgermeister *Hans Klose* sofort wieder in Frage gestellt worden, der die Stamokap-Thesen zumindest als diskussionswürdige Alternativen innerhalb der SPD betrachtet wissen möchte. Und es ist auch nicht bei den Diskussionen geblieben. Immer häufiger bilden jene Kräfte, für die das Godesberger Programm bestenfalls zum Stimmenfang bei Wahlen taugt und die eine »sozialistische Demokratie« anstreben, gemeinsame Aktionen mit kommunistischen Gruppen, entweder ganz offen, wie in Bremen, oder eher bedeckt, ohne daß der Parteivorstand die Konsequenzen zöge. Zu alledem

---

<sup>10</sup> *Hans Kremendahl*, Demokratischer Sozialismus versus sozialistische Demokratie. Zur aktuellen Demokratie-Diskussion im demokratischen Sozialismus, in: Sozialismus in Theorie und Praxis, a. a. O., 601.

<sup>11</sup> Hamburger Strategiepapier (1971), in: Der Thesenstreit um »Stamokap«, hrsg. von *Freimut Duwe*, Reinbek 1973, 71.

<sup>12</sup> *Hans Koschnik*, *Richard Löwenthal*, *Johano Strasser*, Zur Klärung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Stamokap-Richtung, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn-Bad Godesberg 1977, 9.

regiert der Sozialdemokrat *Helmut Schmidt*, in dessen Schatten die Rückkehr zur alten sozialistischen Linie weniger sichtbar wird.

Auch *Alexander* und *Gesine Schwan* haben sich kritisch mit dem Spannungsverhältnis von Godesberger Programm und marxistischer Theorie befaßt und daran erinnert, daß die SPD sich dem Geist der Freiheit und der Freiheit des Geistes verpflichtet habe. »Im Geist des Godesberger Programms ist das, was die Sozialdemokratie vertritt und politisch erstrebt, dann nicht so sehr ein › Sozialismus«, sofern dieser immer noch als die Bewegung zu einem System, zu einer Totalität verstanden werden könnte, sondern die Verwirklichung der sozialen Demokratie, als ständige praktische und theoretische Aufgabe. Mit der Politik, die der Verwirklichung der sozialen Demokratie dient, verbinden sich in der Gegenwart und nächsten Zukunft große Erwartungen, die sicherlich nur teilweise erfüllbar sind. Soweit diese Erwartungen der deutschen Sozialdemokratie gelten, darf die Partei sie nicht dadurch enttäuschen, daß sie ihr Programm und ihre Politik von dogmatisierten Ideologien verfremden läßt.«<sup>13</sup>

Bedeutet »soziale Demokratie« jene von *Willy Brandt* proklamierte Demokratisierung der Gesellschaft, vorab der Wirtschaft, dann auch der Wissenschaft, der Bildung, der Kultur? Will sie nicht jene Freiheitsrechte, die der politische Liberalismus durchgesetzt hat, allen Bürgern ermöglichen, die formale Garantie in eine materielle Realität überführen? In den letzten Jahren hat sich die öffentliche Diskussion intensiv mit dem Sinn und den Grenzen der Demokratisierung befaßt. Daß hier nicht nur als »Konservative« titulierte Kräfte Schwierigkeiten haben, darüber belehrt uns der klassische Beitrag von *Richard Löwenthal*, der bereits 1971 in der Festschrift für *Alfred Nau* erschienen ist. Nachdem er die These von *Wilhelm Hennis*, der den Bereich der Demokratie auf den der politischen Entscheidungen gleichberechtigter Bürger beschränkt wissen möchte, mit einem Fragezeichen versehen hat, grenzt er selbst die Möglichkeiten der Demokratisierung der Gesellschaft ein. Neben der natürlich gegebenen Ungleichheit in der Familie, die deshalb auch nicht demokratisierbar sei, könne es eine Demokratisierung nur dort geben, wo es sich um die Austragung von Konflikten über den Vorrang verschiedener Werte und Interessen handle, nicht aber dort, wo es um Zweckmäßigkeitentscheidungen gehe, bei denen die »auf der begründeten Erwartung von Sachkenntnis und persönlicher Integrität beruhende Sach- und Amtsautorität« im

<sup>13</sup> *Alexander Schwan, Gesine Schwan, Sozialdemokratie und Marxismus. Zum Spannungsverhältnis von Godesberger Programm und marxistischer Theorie, Hamburg 1974, 339f.*

Spiele ist<sup>14</sup>. Diese Grenze der Demokratisierung, bemerkt *Löwenthal*, habe mit einer hierarchischen oder autoritären Struktur nichts zu tun. Als dieser Artikel geschrieben wurde, schlugen die Wellen innerhalb der SPD hoch. Inzwischen ist in den Demokratisierungswein auch viel Wasser geflossen. Vor allem sind die vollen Kassen, welche die SPD im Jahre 1969 übernehmen konnte, einem unglaublichen Defizit gewichen und haben einige Demokratisierungsträume wie Seifenblasen platzen lassen. Allerdings wurden in wichtigen Bereichen unter der Devise der Demokratisierung jene Sachkenntnis und persönliche Integrität ausgeschaltet oder schwer beeinträchtigt, die nach *Löwenthal* auch in der Demokratie unverzichtbar sind.

Demokratischer Sozialismus: Was auf den ersten Blick als eine eindeutig bestimmbare politische Kraft erschien, hat sich bei näherem Zusehen als ein sehr komplexes, auch mit Widersprüchen behaftetes Gebilde entpuppt. Neben begrifflichen Unklarheiten muß vor allem die Tatsache überraschen, daß sich divergierende, ja einander geradezu ausschließende Auffassungen auf das Godesberger Programm berufen und ihre Ansichten als davon abgedeckt ausgeben. Gewiß, auch dieses Programm ist keine Ewigkeitsformel und darf nicht die Fortentwicklung blockieren. Aber diese Fortentwicklung kann auch nicht beliebig sein. Das »Reform«-Prinzip würde sich selbst ad absurdum führen, wenn es jene Grundlagen in Frage stellte, die erst nach langer und zum Teil bitterer Erfahrung im Godesberger Programm Anerkennung gefunden haben.

### *Christliche Wertpositionen*

Wie steht der Demokratische Sozialismus zu den christlichen Wertpositionen? Damit sind jene Werte gemeint, die sich aus dem christlichen Menschenverständnis ergeben und die für das Leben des einzelnen, aber ebenso für das Leben in Gemeinschaft von grundlegender Bedeutung sind.

Die christlichen Wertpositionen sind gewiß keine unmittelbar politischen Inhalte und Forderungen; aus dem Evangelium und aus dem christlichen Menschenverständnis lassen sich nicht direkt politische Programme ableiten und begründen, weshalb auch eine politische Theologie, ob sie nun von rechts oder von links kommt, so problematisch ist. Auf der anderen Seite sind diese Wertpositionen aber nicht a-politisch, sondern höchst re-

---

<sup>14</sup> *Richard Löwenthal*, Demokratie und Leistung – Zum Streit über Sinn, Ort und Grenzen einer »Demokratisierung« gesellschaftlicher Bereiche, in: Beiträge zur Theoriediskussion, hrsg. von *Georg Lührs*, Bonn-Bad Godesberg 1973, 169.

levant für die Politik, weil sie die ganze Wirklichkeit des Menschen umgreifen und nicht nur für den religiösen Bereich im engen Sinne gelten. Deshalb entsteht die Notwendigkeit, die theoretischen Programme von Parteien und die praktische Politik zu prüfen, ob sie in ihren Ansätzen und Konsequenzen zu Reibungen und Spannungen, ja zu Widersprüchen mit diesen Wertpositionen führen, weil sie letzten Endes von einer anderen Weltansicht ausgehen und auf ein anderes Menschen- und Gesellschaftsverständnis hinauslaufen.

Christliche Wertpositionen können auch nicht an der Kirche vorbei oder gar gegen sie gelebt oder definiert werden. Das Christentum ist keine Religionsphilosophie, sondern eine Offenbarungsreligion, weshalb seine bewegende Kraft auch nicht das spekulative Interesse und die subjektive Motivlage sein können. Es ist eine bleibende Aufgabe der Kirche, daß sie die Wahrheiten der Offenbarung verkündet und verbürgt, daß sie im Hinblick auf die gesellschaftliche Wirklichkeit die christlichen Wertpositionen aktiviert, mit einem Wort, daß sie das erfüllt, was das II. Vatikanische Konzil so formuliert hat: »Die Kirche, die in keiner Weise hinsichtlich ihrer Aufgabe und Zuständigkeit mit der politischen Gemeinschaft verwechselt werden darf noch auch an irgend ein politisches System gebunden ist, ist zugleich Zeichen und Schutz der Transzendenz der menschlichen Person.«<sup>15</sup>

Sind die christlichen Wertpositionen mit dem politischen Programm, der politischen Praxis und den politischen Zielen des Demokratischen Sozialismus vereinbar? Um möglichen Mißverständnissen vorzubeugen: Das bedeutet nicht, daß der Demokratische Sozialismus daraufhin überprüft werden sollte und könnte, ob er sich zu christlichen Wertpositionen bekennt oder nicht, sondern »nur«, ob er dafür offen ist oder nicht; ob also Christen, die die christlichen Wertpositionen auch in der Politik zur Geltung bringen wollen, dies ohne Schwierigkeiten auch in der dem Demokratischen Sozialismus verpflichteten Partei können.

Nun hat es schon immer Versuche gegeben, das Evangelium und den Sozialismus gleichsam als natürliche Partner zu sehen<sup>16</sup>. Auch im Zusammenhang mit dem Godesberger Programm wurde von katholischen Sozialdemokraten die Meinung vertreten, es sei eine Tragik, daß sich Sozialismus und Christentum nicht von Anfang an gefunden hätten. In dem

<sup>15</sup> II. Vatikanisches Konzil, Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute *Gaudium et spes*, Nr. 76.

<sup>16</sup> Erinnerung sei an die Vorstellung des Frühsozialisten *Henri Saint-Simon*, der in seinem Buch »Le Nouveau Christianisme« (1825) den Sozialismus für die Vollendung des Christentums hielt. Hierher gehören auch die Versuche von »religiösen Sozialisten«, die vor allem im protestantischen Raum wirksam wurden.

Begriff »Tragik« schwingt vieles mit, sicherlich auch die Meinung, daß die erst mit Godesberg überwundene antireligiöse und antiklerikale Stoßrichtung, die dem marxistischen und auch dem von der SPD lange Jahrzehnte verfochtenen Sozialismus eigen war, das gemeinsame Anliegen nicht habe hervortreten lassen, nämlich den Kampf gegen den Mammonismus bzw. den Kapitalismus. Aber so einfach lagen und liegen die Dinge nicht. Gerade wem der Demokratische Sozialismus des Godesberger Programms teuer ist, der sollte sich hüten, vom Sozialismus schlechthin und seiner Vereinbarkeit mit dem Christentum zu sprechen.

In diesem Zusammenhang sei auch an das 1976 veröffentlichte Memorandum des Bensberger Kreises mit dem Titel »Anti-Sozialismus aus Tradition?«<sup>17</sup> erinnert. Die Verfasser meinten, die Sozialismuskritik sei Ausfluß der Unfähigkeit der katholischen Kirche, von alten liebgewonnenen Gewohnheiten Abschied zu nehmen und die Zeichen der Zeit zu erkennen. Die hierarchische Struktur der Kirche begünstige ihre Verbindung mit den Mächtigen und Herrschenden und verbaue ihr den Zugang zum Volk. Sie sei konservativ und bediene sich der »katholischen Soziallehre« als eines Machtinstruments, um den status quo aufrechtzuerhalten und die Veränderung und den Fortschritt, wie ihn der Sozialismus erstrebe, zu blockieren. Dabei liefere ihr der atheistische Denkansatz bei *Marx* ein theologisches Alibi für ihre Gegnerschaft gegen den Sozialismus. Wenn dieses Memorandum selbst innerhalb der SPD keine Gegenliebe aufkommen ließ, dann deshalb, weil die ideologischen Anleihen beim Spätmarxismus zu offenkundig waren.

Wie realitätsfern, ja unsinnig eine derartige Beurteilung katholischer Sozialismuskritik ist, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die katholische Kirche in Deutschland im 19. Jahrhundert, als die Sozialismuskritik formuliert wurde, sicherlich nicht Verbündete der damals Mächtigen war weder der in Preußen-Deutschland Herrschenden noch der Industriearbeiterschaft. In der Säkularisierung von 1803 hatte sie ihren Grundbesitz verloren, und seit den Kölner Wirren von 1837 war sie in ständiger Opposition gestanden zu einer Staatsmacht, die sie nach allen Regeln der Kunst zu gängeln suchte.

An dieser Stelle ist eine historische Anmerkung fällig. Es war nicht ein verknöchertes Reaktionär, der die Grenzlinien zwischen Christentum und Sozialismus zog, es war Bischof *Wilhelm Emmanuel von Ketteler*, der die Freiheit des Glaubens und der Kirche gegen den Staat verteidigte und

---

<sup>17</sup> Anti-Sozialismus aus Tradition? Memorandum des Bensberger Kreises zum Verhältnis von Christentum und Sozialismus heute, Reinbek 1976.

die Gretchenfrage nach dem Verhältnis von Liberalismus, Sozialismus und Christentum stellte<sup>18</sup>. Seine Sozialismuskritik erwuchs nicht aus einem mangelnden Verständnis für die soziale Not – wäre der Sozialismus nur eine Bewegung gewesen, um der Arbeiterschaft zu ihrem Recht zu verhelfen, dann hätte die Sache völlig anders gelegen. *Ketteler* selbst war diesbezüglich so unbefangen, daß er sich ernsthaft mit den Ideen *Lassalles* über die Produktivassoziationen auseinandersetzte und deshalb mit ihm korrespondierte. Die Kritik hatte auch nichts mit der Verteidigung der bestehenden Ordnung zu tun; bei *Ketteler* findet sich eine Verurteilung der kapitalistischen Wirtschaft seiner Zeit, die an Scharfsinn und Kraft dem Kommunistischen Manifest nicht nachsteht. Auch das Privateigentum war nicht der Stein des Anstoßes; *Ketteler* hielt zwar an der Eigentumslehre des *Thomas von Aquin* fest, aber diese stand zur liberalen Auffassung von einem heiligen und unantastbaren Recht in scharfem Widerspruch, weil sie die Geheimverpflichtung des Eigentümers nicht kannte. Die Kritik *Kettelers* am Sozialismus setzte ganz woanders ein. Dabei hatte er nicht den marxistischen Sozialismus im Visier, der in den 1860er Jahren in Deutschland noch keine politische Rolle spielte, sondern jenen Sozialismus, den später *Pius XI.* in »Quadragesimo anno« als den »gemäßigten Sozialismus« charakterisierte. Für *Ketteler* war dieser Sozialismus der natürliche Sohn des Liberalismus und deshalb auch nicht imstande, die Übel, die er bekämpfte, zu beseitigen. Im Grunde nahm *Ketteler* die Kritik *Pius XI.* vorweg, wonach der Sozialismus mit der christlichen Gesellschaftsauffassung deshalb unvereinbar ist, weil und insofern er aus der Gesellschaft eine »Nutzveranstaltung« mache. Es wird noch zu zeigen sein, daß die Wende von Godesberg gerade auch diesen Punkt betrifft. Im übrigen galt für die katholische Sozialismuskritik auch schon vor der Enzyklika »Pacem in terris« die Erkenntnis, daß man unterscheiden müsse zwischen den Theoremen und den konkretgeschichtlichen Bewegungen. Der dem Katholizismus nicht selten angelastete »Antisozialismus« ist ein falsches Klischee, weil es verdeckt, daß man bald bei aller Unvereinbarkeit die Möglichkeiten der partiellen Verständigung in der politischen Praxis suchte. Wäre das Zentrum – de facto eine katholische Volkspartei – von einem blinden Antisozialismus befallen gewesen, dann hätte es 1878 nicht gegen das Sozialistengesetz und in den folgenden Jahren gegen alle Verlängerungen gestimmt, dann wären auch die Koalitionen mit der SPD in der Weimarer Zeit undenkbar gewesen.

---

<sup>18</sup> Vgl. *Lothar Roos*, Kirche – Politik – soziale Frage: Bischof Ketteler als Wegbereiter des sozialen und politischen Katholizismus, in: *Die soziale Verantwortung der Kirche*, hrsg. von *Anton Rauscher*, *Lothar Roos*, Köln 1977, 29f.

## DIE ANNÄHERUNG

Hat sich der Demokratische Sozialismus des Godesberger Programms mit der Absage an den Marxismus zugleich auch von jenem liberalen Erbe getrennt, das bisher eine Vereinbarkeit mit den christlichen Wertpositionen verhinderte? Als *Gustav Gundlach* diese Frage auf der Sozialismus-Tagung der Katholischen Akademie 1958 in München an die führenden Vertreter der SPD richtete, löste er Überraschung aus.

Nun hat das Godesberger Programm ohne Zweifel in wichtigen Bereichen eine neue Situation geschaffen, so daß auch die Frage der Vereinbarkeit des Demokratischen Sozialismus mit den christlichen Wertpositionen neu beantwortet werden muß<sup>19</sup>. Im wesentlichen handelt es sich um folgende Schwerpunkte:

1. Der Demokratische Sozialismus hat die frühere Religions- und Kirchenfeindlichkeit abgestreift. Dies gilt nicht nur für jenen kämpferischen Atheismus, der dem historischen Materialismus immanent ist und deshalb notwendig zum kommunistischen System gehört. Dies gilt auch für jene vom weltanschaulichen Liberalismus herkommende Formel »Religion ist Privatsache«, die für die SPD auch nach der Abspaltung der kommunistischen Richtung verbindlich geblieben war und die auf eine Bekämpfung jedes öffentlichen Einflusses von Religion und Kirche hinauslief. Mit der Anerkennung, daß die christliche Ethik neben anderen eine Quelle des politischen Handelns sein kann und daß die Kirche einen besonderen Auftrag besitzt, hat der Demokratische Sozialismus, was die programmatische Ebene betrifft, eine Wendung vollzogen. Gewiß, das Verhältnis zur Religion wird nur negativ bestimmt, insofern ausdrücklich erklärt wird, der Sozialismus sei kein Religionsersatz. Bei gutwilliger Interpretation kann man jedoch jene Offenheit im Hinblick auf Ethik, Religion und Kirche erkennen, die der frühere Sozialismus nicht hatte. Der christliche Glaube ist keine Privatangelegenheit, die im stillen Kämmerlein gelebt werden könnte, so wie auch die Kirche nicht in die Sakristei eingeschlossen werden kann. Mit anderen Worten: Gott und Jesus Christus, die Schöpfungs- und die Erlösungswirklichkeit dürfen nicht aus dem öffentlichen, aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben ausgesperrt werden, um es rein innerweltlich zu organisieren.

2. Nicht minder bedeutsam für die christlichen Wertpositionen ist die Frage der Werte. Im Abschnitt über »Die staatliche Ordnung« bekennt

<sup>19</sup> Vgl. *Anton Rauscher*, Liberalismus und Sozialismus in christlicher Sicht. Katholische Soziallehre in Text und Kommentar, Heft 8, Köln 1977, 4ff., 38f.

sich das Godesberger Programm ausdrücklich zu vorgegebenen Werten: »Das Leben des Menschen, seine Würde und sein Gewissen sind dem Staate vorgegeben. Jeder Bürger hat die Überzeugung seiner Mitmenschen zu achten. Der Staat ist verpflichtet, die Freiheit des Glaubens und des Gewissens zu sichern.« Mit der Anerkennung von dem Staat und damit auch aller parteipolitischen Zielsetzung »vorgegebenen Werten« war jene Vorstellung von der Gesellschaft als Nutzveranstaltung zurückgetreten, die nach »Quadragesimo anno« mit der christlichen Gesellschaftsauffassung unvereinbar ist. Weder hat die Gesellschaft lediglich die Aufgabe, den Nutzen und das Glück der einzelnen zu steigern, noch ist sie beliebig machbar, planbar und organisierbar. Sie muß stets an die vorgegebenen Werte gebunden bleiben. Das bedeutet aber zugleich, daß der Staat eben nicht nur Beauftragter der Gesellschaft sein kann und nur das zu vollziehen hat, was die Gesellschaft oder auch die demokratische Mehrheit wünscht, daß er vielmehr gerade um die »vorgegebenen« Werte zu sichern, auch einer eigenen Autorität bedarf.

3. Auch die Auffassung des Demokratischen Sozialismus über die Wirtschafts- und Sozialordnung unterscheidet sich beträchtlich von den früheren Zielsetzungen. Zwar beherrscht weiterhin die Sorge vor der wirtschaftlichen Macht diesen Teil des Godesberger Programms, aber dies führt nicht mehr zu der Forderung nach Verstaatlichung der Produktionsmittel bzw. der Großindustrie und zu einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber einer nicht staatlich geplanten und gelenkten Wirtschaft. Die Anerkennung des Privateigentums, auch an Produktionsmitteln, des Marktes und seiner Bedeutung für die Gesellschaft, der freien Konsumwahl und der freien Arbeitsplatzwahl, des Wettbewerbs und der Unternehmerinitiative – alle diese Elemente lassen erkennen, daß man das Verhältnis Einzelmensch und Gesellschaft neu verankerte und versuchte, die Stellung und die Rolle des Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft neu zu sehen. Dies kam der christlichen Auffassung entgegen, wonach der Mensch Ursprung, verantwortlicher Träger und Ziel des sozialen Lebens ist.

4. Schwieriger tat sich der Demokratische Sozialismus mit der Schule und der Kultur. Es gelang nicht, die an sich naheliegenden Konsequenzen aus dem neuen Menschenverständnis mit seiner Gesellschaft und Staat vorgegebenen Werten zu ziehen. Selbst in der Frage des Religionsunterrichtes, der doch im Grundgesetz verankert ist, war die Voreingenommenheit zu spüren. Erst recht natürlich wollte man Erziehung und Bildung in alter Manier dem Staat vorbehalten. Gewiß, die Aussage des Heidelberger Pro-

gramms, wonach die Kirche in der Schule nichts zu suchen hat, hätte in den Gesamtrahmen des Godesberger Programms nicht mehr hineingepaßt. Aber man war peinlich darauf bedacht, nicht nur den Bedingungsrahmen für freie konfessionelle Schulen so eng wie möglich zu ziehen, sondern auch das Elternrecht restriktiv auszulegen.

Ohne Vorbehalte kann man feststellen, daß der Demokratische Sozialismus, soweit er im Godesberger Programm seinen Niederschlag gefunden hat, in wichtigen Bereichen eine Position bezieht, die mit den früheren Anschauungen nichts mehr gemein hat. Welcher Wandel sich vollzogen hat, dies kann man mit Händen greifen, wenn man dieses Programm mit den Zielen etwa der französischen oder italienischen Sozialisten vergleicht, die nach wie vor laizistisch denken, von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen und deren Ziele noch immer von den traditionellen sozialistischen Postulaten geprägt sind.

#### DIE FRAGE DER VEREINBARKEIT MIT DEN CHRISTLICHEN WERTPOSITIONEN

Vom Godesberger Programm her könnte es auf den ersten Blick scheinen, als ob die Frage der Vereinbarkeit zwischen dem Demokratischen Sozialismus und den christlichen Wertpositionen mit einem, wenngleich etwas eingeschränkten Ja zu beantworten wäre. Wer dies annehmen möchte, der käme allerdings nicht darum herum, eine zweite Frage zu klären, ob nämlich zwischen dem Programm und der Praxis nicht ein unvereinbarer Widerspruch besteht. Und dies unter einer doppelten Rücksicht: Einerseits erleben wir eine marxistische Reideologisierung von gewichtigen Teilen der SPD bis hinauf zur Führungsspitze, die dem Godesberger Programm diametral entgegengesetzt ist. Wenn eingangs verhältnismäßig ausführlich Passagen aus dem Godesberger Programm zitiert wurden, dann geschah dies auch aus der Überzeugung, daß die damalige scharfe Abgrenzung gegenüber dem Marxismus und Kommunismus geradezu in Vergessenheit geraten ist. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß nicht wenige Parteimitglieder, auf diese Stellen angesprochen, sie eher als Kampfaussagen der christlichen Unionsparteien oder irgendwelcher »Rechtskräfte« einstufen würden denn als Festlegungen des Godesberger Programms. So weit hat sich inzwischen das Spektrum wieder nach links verschoben.

Nicht viel anders ergeht es dem glaubens- und kirchentreuen Katholiken, wenn er die für die christlichen Wertpositionen relevanten Aussagen des Godesberger Programms mit der »Reformpolitik« vergleicht. In einem

Punkt ist der Widerspruch ganz offensichtlich: Durch die Änderung des § 218 StGB, auch wenn man sich Mühe gab, dies möglichst zu kaschieren, wurde das Godesberger Bekenntnis zu dem »vorgegebenen« Wert des Lebens des Menschen, seiner Würde und seines Gewissens schmählich verraten. Wenn aber schon dieser Grundwert preisgegeben wird, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß auch andere Werte, wie die Ehe und Familie, das Erziehungsrecht der Eltern, der Aktionsradius der freien Träger im Bildungs- und Sozialbereich unter die Räder geraten. Und wenn die Kirchen etwa für ihre eigenen Krankenhäuser eintreten und sich gegen die Eingriffe der staatlichen Planung und Lenkung zur Wehr setzen, dann droht Minister *Friedhelm Farthmann* sofort, die Zuschüsse für konfessionelle Krankenhäuser zu kürzen. In diesem Zusammenhang muß auch erwähnt werden, daß die menschliche Person als der aktive Träger des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens immer mehr der staatlichen Planung und Kontrolle ausgeliefert wird.

Der Geist oder besser der Ungeist, der hier am Werke ist, ist jenes liberale Erbe, das radikal unterscheiden möchte zwischen dem privaten Bereich, in dem der einzelne tun und lassen kann, was ihm beliebt, und dem öffentlichen Bereich, für den die politische Machbarkeit der Verhältnisse und die perfekte Planung und Kontrolle zum Prinzip erhoben wird. Auf der Strecke bleiben in diesem Spektrum die Freiheit des Menschen, aber ebenso die dem einzelnen wie der Gesellschaft und dem Staat »vorgegebenen« Werte, die für die christliche Position im Interesse des Menschen unverzichtbar sind.

Bei solch fundamentalen Gegensätzen zwischen Programm und Praxis, die natürlich von der SPD-Führung, insbesondere vor Wahlen, stereotyp gezeugnet werden, drängt sich notgedrungen die Frage auf, ob das Godesberger Programm nicht selbst einer viel differenzierteren Kritik bedürfe, als es in den sechziger und frühen siebziger Jahren der Fall war. Wo liegen jene Schwächen, die es erlauben, den Demokratischen Sozialismus doch wieder im Sinne einer sozialistischen Demokratie zu deuten? Hier sollen nur einige Bruchstellen noch genannt werden:

1. Eine erste Bemerkung betrifft die Aussage zu den vorgegebenen Werten: Sie findet sich leider nicht im Abschnitt »Grundwerte des Sozialismus«, dem für das gesamte Programm eine fundierende Bedeutung zukommt, sondern erst im Abschnitt über die staatliche Ordnung. So wichtig und heilsam dieses Bekenntnis auch ist, so zeigt doch die politische Praxis des letzten Jahrzehnts, daß diese Bindung des Staates an vorgegebene Werte allein nicht ausreicht. Bekanntlich hat *Helmut Schmidt* auf der Tagung der Katholischen Akademie in Hamburg die Meinung vertre-

ten, der Staat müsse die formalen Grundwerte achten und schützen, die Inhalte dieser Grundrechte, und damit auch die Grundwerte, würden von der Gesellschaft jeweils bestimmt. Das heißt, daß die jeweilige demokratische Mehrheit im Deutschen Bundestag darüber bestimmen könnte, was unter dem zu schützenden Rechtsgut des Lebens verstanden würde und wie weit seine Grenzen gezogen oder auch nicht gezogen würden. In dieser Perspektive gewinnt die »demokratische« Entscheidung die Oberhand, die dem Staat »vorgegebenen« Rechtsgüter werden im Grunde zur Farce.

2. Mit diesem Problem hängt eng die Frage nach dem Verhältnis von »vorletzten« und »letzten« Wahrheiten zusammen. Ist dieses Verhältnis hinreichend geklärt? Gewiß kann und darf eine politische Partei keine letzten Wahrheiten verkünden wollen, weil sie sonst zum pseudoreligiösen Heilsträger würde. Ob aber eine Partei und die von ihr vertretene Politik tatsächlich nur »vorletzte« Wahrheiten vertritt, hängt nicht nur von programmatischen Deklamationen ab. Dies ist dann der Fall, wenn vorgegebene Werte aufs Spiel gesetzt werden, insofern hier ein ganz bestimmtes Menschenbild bemüht wird, nämlich jene radikale Autonomie des Menschen, wie sie der liberal-individualistischen Philosophie des aufklärerisch-emanzipatorischen Verständnisses zugrundeliegt. Dieser Irrtum wird auch dadurch nicht besser, daß man diese Autonomie auf den »Privatbereich« beschränkt, im öffentlichen Bereich aber aufhebt und nur den gesellschaftlichen Instanzen das »Richtige« und »Zweckmäßige« zuweist. In dieser Perspektive wird die Gesellschaft sozusagen zum unbegrenzten Tummelfeld für »demokratische« Mehrheiten. Ganz abgesehen davon, daß hier die Minderheiten regelrecht vergewaltigt werden, ist die hier angepeilte »Machbarkeit« aller Verhältnisse mit den christlichen Wertpositionen unvereinbar.

3. Eine weitere Bruchstelle betrifft die »Grundwerte« des Demokratischen Sozialismus. Es wurde schon erwähnt, daß Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität heute von allen demokratischen Parteien vertreten werden und deshalb kein Monopolanspruch geltend gemacht werden kann. Die Schwierigkeit liegt jedoch noch anderswo. Zunächst dürfte nicht hinreichend geklärt sein, was unter Freiheit, unter Gerechtigkeit und unter Solidarität verstanden wird. Sicherlich, der Wortlaut des Godesberger Programms und ebenso die meisten damaligen Erklärungen legen eine Deutung nahe, die mit den christlichen Wertpositionen durchaus vereinbar erscheint. Wie aber sind dann die Aussagen im Orientierungsrahmen '85 möglich, die von einem ganz anderen Freiheitsverständnis ausgehen, wo-

nach Freiheit nicht ursprüngliche Selbstbestimmungsmacht der menschlichen Person »ist«, sondern erst durch Teilnahme (»Partizipation«) an den gesellschaftlichen Prozessen »wird«; die auch von einem anderen Solidaritätsbegriff geprägt sind, wonach Solidarität nicht mehr eine anthropologische, sondern eine sozialpsychologische Kategorie und nur auf gleichgesinnte Genossen anwendbar wäre; die schließlich auch den Begriff der Gerechtigkeit anders auszulegen scheinen im Sinne einer unterschiedslosen Gleichheit für alle.

Sodann muß auch gefragt werden, in welchem Zuordnungsverhältnis die drei Grundwerte zueinander stehen. Im Godesberger Programm nimmt ohne Zweifel die Freiheit auch in der Gesellschaft die erste Stelle ein, ohne daß deshalb die anderen vernachlässigt werden. Demgegenüber wirken, sieht man einmal vom »privaten« Bereich ab, die wenigen Bekenntnisse zur Freiheit im Orientierungsrahmen eher wie Pflichtübungen. Stattdessen sind Gerechtigkeit und Solidarität in den Mittelpunkt gerückt, zumindest als Berufungsinstanzen für eine allmählich die ganze Gesellschaft erfassende Planung und Lenkung.

»Bei uns in der Bundesrepublik Deutschland finden wir im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Grundsatzprogramms der SPD nicht mehr und nicht weniger als ein kurzgefaßtes Repetitorium der katholischen Soziallehre.«<sup>20</sup> Dies war eine sicherlich gut gemeinte, aber, wie die Entwicklung zeigte, irreführende Behauptung. Vielleicht wäre sie noch in den sechziger Jahren vertretbar gewesen, als die Sozialdemokratie um die Regierungsmacht kämpfte und weder die Gefahr der Reideologisierung akut war noch eine »Reformpolitik« angekündigt wurde, die sofort Mißtrauen und Warnungen ausgelöst hätte. Im Jahre 1972 aber war die Situation schon ganz anders. Es wäre auch fragwürdig zu sagen, die ausgesprochene Unbedenklichkeitsbescheinigung gelte ja nicht für das Programm als ganzes, sondern nur für den gesellschaftspolitischen Teil, ja selbst hier mit Einschränkungen, weil sie »im« gesellschaftspolitischen Teil formuliert wurde. Die Gesellschaftspolitik - gehört dazu nicht auch die Kulturpolitik? - schwebt doch niemals im luftleeren Raum und wird stets von den Grundpositionen her mitbestimmt.

Daß das Godesberger Programm unvergleichlich anders ist als die Vorstellungen der meisten anderen sozialistischen Parteien in Europa, dies kann durchaus anerkannt werden. Daß deshalb der Demokratische Sozialismus mit den christlichen Wertpositionen vereinbar sei, dies ist eine ganz

---

<sup>20</sup> *Oswald von Nell-Breuning*, *Wie sozial ist die Kirche? Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre*, Düsseldorf 1972, 94 f.

andere Frage. Die zurückhaltende und skeptische Beurteilung, die sie etwa in dem 1962 im Staatslexikon von *Joseph Höffner* geschriebenen Beitrag über die Sozialismus-Kritik oder in der 1964 erfolgten Neuauflage des Buches »Die soziale Frage« von *Johannes Messner* gefunden hat<sup>21</sup>, liegt auf derselben Linie, wie sie jüngst *Karl Forster*, der Organisator der ersten öffentlichen Begegnung zwischen Kirche/Katholizismus und Sozialdemokratie (1958), zog: »Das Godesberger Programm brachte mithin zwar Veränderungen gegenüber früheren Programmaussagen der SPD, aber keine tragfähige Basis für eine Neugestaltung des Verhältnisses von Kirche und demokratischem Sozialismus.«<sup>22</sup>

Die christlichen Wertpositionen beruhen auf der der katholischen Soziallehre eigenen Anthropologie, die Papst *Johannes Paul II.* unermüdlich ins Gedächtnis ruft. Der Christ wird die Einsicht, daß der Mensch »Bild Gottes« ist, als Norm seines gesellschaftlichen Handelns geltend machen. Wenn der Demokratische Sozialismus mit den christlichen Wertpositionen vereinbar sein will, dann muß er jene Bruchstellen im Godesberger Programm klären, die zu Mißverständnissen Anlaß geben und vor allem auch völlig andersartige, ideologische Interpretationen ermöglichen: dann muß er auch eine politische Praxis betreiben, die den Menschen als bewegendem und verantwortlichen Faktor des gesellschaftlichen Lebens ernst nimmt und die vorgegebenen Werte ohne Wenn und Aber achtet.

---

<sup>21</sup> Vgl. *Joseph Höffner*, Art. Sozialismus (II), in: Staatslexikon der Görres-Gesellschaft, VII, 1962, Sp. 319 ff.; *Johannes Messner*, Die soziale Frage im Blickfeld der Irrwege von gestern, der Sozialkämpfe von heute, der Weltentscheidungen von morgen, Innsbruck, Wien, München 1964, 200f.

<sup>22</sup> *Karl Forster*, Entwicklungslinien in den Beziehungen von Kirche und Staat 1949–1963, in: Kirche und Staat in der Bundesrepublik 1949–1963, hrsg. von *Anton Rauscher*, Paderborn 1979, 64.